

Krakauer Zeitung.

Nr. 116.

Montag den 23. Mai

1864.

Die "Krakauer Zeitung" erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierteljähriger Abonnementen-Preis für Krakau 3 fl., mit Versendung 4 fl., für einzelne Monate 1 fl., resp. 1 fl. 35 Nr., einzelne Nummern 5 Nr. Redaktion, Administration und Expedition: Grod-Gasse Nr. 107.

VIII. Jahrgang.

Gebühr für Insertionen im Amtsblatt für die viergepaßte Seite 5 Mr., im Anzeigeblatt für die erste Einrichtung 5 Mr., für jede weitere 3 Mr. Stempelgebühr für jede Einschaltung 30 Mr. — Inserat-Bestellungen und Gelder übernimmt Karl Budweiser. — Ansendungen werden franco erbeten.

Amtlicher Theil.

Se. f. f. Apostolische Majestät haben mit Allerbößter Gnichtung vom 15. Mai d. J. die von dem Herrn Fürsten Leo Savieba in seinem und im Namen der Herren Wladimir Mitter v. Borkowski in Wien, W. R. Drabe, L. M. Rate und Thomas Brasseff in London auf Grund der Allerhöchsten Gouvernementskunde vom 11. Jänner d. J. vorgelegten Statuten der in gründenden Actiengesellschaft zum Bau und Betrieb der Lemberg-Czernowitz Eisenbahn alljährlich zu genehmigen geruht.

Veränderungen in der k. k. Armee.

Eruennungen:

Der Feldmarschall-Lieutenant Ernst Hartung zum Inhaber des Linien-Infanterie-Regiments Nr. 47; der Feldmarschall-Lieutenant Wilhelm Mitter v. Meriens, zum zweiten Inhaber des Linien-Infanterie-Regiments Kronprinz Albert von Sachen Nr. 11;

der Titular-Oberleutnant Anton Schauer, des Infanterie-Regiments zu Zara, unter Belassung in seiner gegenwärtigen Titularcharge.

Überzeugungen:

Die Majore: Johann Mitter Stefanović v. Bilovo, des Infanterie-Regiments Graf Khevenhüller Nr. 35, und Georg John, des Infanterie-Regiments Nr. 73, gegenseitig.

Verleihung:

Dem Hauptmann erster Classe Carl Spyoth, des Ruhesatzes, der Majorscharakter ad honores.

Pensionirungen:

Der Platzmajor zu Zara Wilhelm Fischer v. Adelswerth mit Oberleutnantscharakter ad honores, und der Hauptmann erster Classe Anton Hubatschek, des Infanterie-Regiments Freiherr v. Gruber Nr. 54, mit Majorscharakter ad honores.

Nichtamtlicher Theil.

Krakau, 23. Mai.

Die legithin erwähnte Depesche des Herrn v. Bismarck an den k. preußischen Botschafter in London Grafen v. Bernstorff, betreffend die Stellung Preußens zum Londoner Vertrag, lautet:

Da in den bevorstehenden Sitzungen der Konferenz voraussichtlich die Frage über die Stellung der beiden deutschen Mächte zu dem Londoner Vertrag von 1852 zur Erörterung kommen wird, finde ich mich darüber zu folgenden Bemerkungen veranlaßt:

Bis zum Tode des Königs Friedrichs VII. konnten die deutschen Mächte erwarten, daß die Krone Dänemark den gegen sie übernommenen Verpflichtungen nachkommen und daß dadurch und durch eine bis dahin immer unverbliebene Vorlage des Thronfolgegesetzes an die Stände der Herzogthümer die im Londoner Tractat ins Auge gefaßte Thronfolgeordnung zu vollem rechtlichen Bestande gelangen würde, ehe der vorge sehene Fall der Thronerledigung wirklich eintrat.

Mit dem Tode des Königs wurde diese Erwartung nicht allein hinfällig, sondern der Nachfolger desselben auf dem dänischen Thron befundet durch den Act vom 18. November sofort die Absicht, jenen Verpflichtungen nicht nachzukommen.

Die k. Regierung hat darauf sofort auf die Connexion dieser Verpflichtungen mit der beabsichtigten Thronfolgeordnung aufmerksam gemacht — worüber ich unter Anderem nur auf meinen Erlaß vom 23. November Nr. 487 zu verweisen brauche — und wiederholt erklärt, daß sie sich brennend für berechtigt erachten müsse, den Tractat von 1852 als nicht mehr bindend für sie anzusehen. Wenn sie nicht logisch ihren Rücktritt von demselben ausspreche, so thue sie dies nur aus Rücksicht auf die übrigen Mächte und in der Hoffnung, daß eine Nachgiebigkeit Dänemarks, durch Zurücknahme des offenen Bruchs seiner Verpflichtungen, die Vorbedingungen noch wieder herstellen und die Möglichkeit der Erhaltung des Friedens darbieten könne.

Selbst als diese Hoffnung getäuscht war, als mit dem 1. Jänner die vertragswidrige Constitution für Schleswig nicht allein nicht zurückgenommen, sondern ins Leben getreten war, haben die beiden deutschen Mächte noch keinen unmittelbaren Gebrauch von ihrem Rechte machen wollen. Sie haben noch in dem Augenblicke, wo Dänemark sie zu kriegerischen Maßregeln genötigt hatte, durch die Depesche vom 31. Jänner d. J. erklärt, daß sie nicht beabsichtigten, das Principe der Integrität der dänischen Monarchie anzufechten. Aber sie haben gleichzeitig ausdrücklich erklärt, daß ein ferneres Beharren Dänemarks auf dem eingeschlagenen Wege nicht allein nicht zurückgenommen, sondern ins Leben getreten war, haben die beiden deutschen Mächte noch keinen unmittelbaren Gebrauch von ihrem Rechte machen wollen. Sie haben noch in dem Augenblicke, wo Dänemark sie zu kriegerischen Maßregeln genötigt hatte, durch die Depesche vom 31. Jänner d. J. erklärt, daß sie nicht beabsichtigten,

Dieser Fall ist vollständig eingetreten. Die dänische Regierung hat ihr Beharren auf Weigerung bis aufs äußerste getrieben und den bewaffneten Widerstand bis zuletzt fortgesetzt.

Nach allen diesen Vorgängen kann die k. Regierung sich in keiner Weise mehr an die Verpflichtungen gebunden erachten, welche sie am 8. Mai 1852 unter anderen Vorausezun-

gen eingegangen wär. Dieser Vertrag ist von ihr mit Dänemark und nicht mit den anderen Mächten abgeschlossen, und nur zwischen Copenhagen und Berlin sind die Ratifikationen ausgewechselt, nicht zwischen Berlin und London oder St. Petersburg. Selbst wenn, was wir nicht zu geben, der Londoner Vertrag zwischen uns und den Neutralen Verpflichtungen zu schaffen bestimmt gewesen wäre, so würden solche mit dem Vertrage selbst hinfällig sein, sobald lesterer es wegen Nichterfüllung seiner Verbindungen würde.

Die k. Regierung erachtet sich danach, in Übereinstimmung mit der Erklärung vom 31. Jänner, als vollkommen frei von allen Verpflichtungen, die aus dem Londoner Tractate von 1852 gefolgt werden könnten, und berechtigt, jede anderweitige Combination, ganz unabhängig von diesem Tractat, zu erörtern.

Daz die Lösung einer Frage, deren europäische Tragweite die k. Regierung niemals verkannt hat, in Gemeinschaft mit den übrigen Großmächten versucht werde, folgt aus der Natur der politischen Beziehungen und die k. Regierung hat in dem Schlussjaz der Erklärung vom 31. Jänner nur dieses natürliche Verhältniß anerkannt.

Durch die Annahme der englischen Einladung zur Konferenz hat sie auch durch That ihre Bereitwilligkeit gezeigt, die Mittel dazu gemeinsam aufzusuchen und zu berathen; und dies und nichts Anderes kann die Aufgabe der Konferenz sein.

(Ges.) Bismarck.

Aus London geht der "Schles. Btg." die nachstehende Erklärung Sr. Hoheit des Herzogs Friedrich VIII. zu, welche durch den herzoglichen Bevollmächtigten Fürsten Löwenstein-Wertheim an Lord Russell zur Uebermittlung an die Londoner Konferenz überreicht und von dieser in ihrer Sitzung vom 12. entgegengenommen worden ist.

Die Thatache, daß in Kurzem eine Konferenz zusammenzutreten wird, um darüber zu berathen, wie dem Hohenrat der Frieden zurückzugeben sei, legt mir die Pflicht zur Darlegung meines Rechtes auf, welches unzweckbar ist von dem meines Landes und dessen Anerkennung allein im Stande ist, einen dauerhaften Frieden zu herzustellen.

Ich lasse den edlen Absichten der hohen Mächte, dem Blutvergießen ein Ende machen zu wollen, volle Gerechtigkeit widerfahren. Mag indessen das Recht einer Versammlung der Vertreter der europäischen Mächte, auf dieses große Ziel hinzuwirken, unbestritten sein, so ist es doch ohne Zweifel dadurch beschränkt, daß eine solche Versammlung nicht befugt ist, weder über das Geschick eines Souveräns, noch über das eines Landes, ohne deren Theilnahme und Zustimmung zu verfügen.

Nach dem Hinscheiden Sr. Majestät des König-Herzogs Friedrich VII. bin ich durch die Vorstellung auf den Thron der Herzogthümer Schleswig-Holstein berufen worden.

Das Erbfolgerecht, welches ich als Repräsentant der Erbgeborenen Linie des Oldenburgischen Hauses geltend mache, entspricht dem gemeinen Rechte Deutschlands und dem Rechte derjenigen Länder Europas, in denen die Erbfolge des

Mannstamms gilt.

Die Erbfolge des Mannstamms und das Erftgeburtsrecht nach der Nähe der Linie sind für die Herzogthümer festgestellt, nicht bloss durch die Gesetze des regierenden Hauses, sondern zugleich durch Vereinbarungen zwischen dem Fürstenhause und den Ständen, sie sind seit Jahrhunderten als Gesetz beobachtet worden und bilden die Grundlage für brennend für berechtigt erachten müsse, den Tractat von 1852 als nicht mehr bindend für sie anzusehen. Wenn sie nicht logisch ihren Rücktritt von demselben ausspreche, so thue sie dies nur aus Rücksicht auf die übrigen Mächte und in der Hoffnung, daß eine Nachgiebigkeit Dänemarks, durch Zurücknahme des offenen Bruchs seiner Verpflichtungen, die Vorbedingungen noch wieder herstellen und die Möglichkeit der Erhaltung des Friedens darbieten könne.

Selbst als diese Hoffnung getäuscht war, als mit dem 1. Jänner die vertragswidrige Constitution für Schleswig nicht allein nicht zurückgenommen, sondern ins Leben getreten war, haben die beiden deutschen Mächte noch keinen unmittelbaren Gebrauch von ihrem Rechte machen wollen.

Sie haben noch in dem Augenblicke, wo Dänemark sie zu kriegerischen Maßregeln genötigt hatte, durch die Depesche vom 31. Jänner d. J. erklärt, daß sie nicht beabsichtigten,

nicht das übereinstimmende Recht meines Hauses und meines Landes zu beeinträchtigen. Seine Ausführung würde vielmehr die geheiligten Rechte der Kronen und der Völker verletzen. Dieser Vertrag hat niemals die Zustimmung weiter der Agnaten noch der Landesvertretungen erhalten. Ihre Zustimmung war die Voraussetzung jenes Vertrages. Se.

Die Majestät der König von Dänemark hat in Betreff der Herzogthümer sie nie erfüllt, während er sie in Betreff Dänemarks wenigstens zum Theil in Ausführung gebracht hat. Der deutsche Bund, dessen Beruf es ist, seine Mitglieder zu schirmen, ist ebenfalls dem Vertrage nicht beigetreten.

Mein Recht ist in sich selbst eine Macht, denn es ruht in dem Gewissen des Volkes und es ist die Bedingung der Wohlfahrt des Landes. Schon der erste Versuch, welchen der Kopenhagener Hof im Jahre 1846 machte, das Erbfolgerecht der Herzogthümer dem Dänemark anzunähern, rief sofort einen allgemeinen Widerspruch und eine Volksbewegung hervor. Als dann dessen ungeachtet die dänische Regierung bald darauf versuchte, in einem der Herzogthümer die agnatische Erbfolge aufzuheben und Schleswig mit Dänemark zu verbinden, da erhob sich die gesamte Bevölkerung beider Lande zur kriegerischenVerteidigung ihrer Unabhängigkeit. In einem blutigen Kampfe, der nicht weniger als drei auf einander folgende Jahre andauerte, hat dieses

Volk den Beweis geliefert, daß ihm sein Recht, wie das plötzlich gehalten, zugleich darzulegen, wie die Verwirklichung seiner Fürsten heilig ist.

Dieselben großen Prinzipien der Legitimität und der Nationalität waren es, welche nach dem Tode Sr. Majestät des Königs-Herzogs Friedrich VII. das Land in Bewegung setzten. Die eingebornen Beamten verweigerten in heit wird gelehrt haben, daß, so lange die schleswig-holsteinerischen Mächte einem unberechtigten Fürsten den Eid der Treue. Die Volksbewegung drohte eine kriegerische Wendung zu nehmen, als die Truppen des Bundes und die Armeen der deutschen Großmächte das Land vom dänischen Sohe befreien. Die befreite Bevölkerung hat die Abzeichen einer fremden Königsherrschaft vernichtet, sie hat zum Theil noch während der feindlichen Besetzung mein Recht proclamirt.

Ein zweiter Krieg verfolgt noch seine blutige Bahn. Welchen Namen man demselben auch beilegen mag, ist es seinem Ursprunge und seinem Wesen nach ein Erbfolgekrieg.

Die Erklärungen der Landesvertretungen und der verschiedenen Körperschaften, sowie die Huldigungen, die mit von den Bewohnern des Landes dargebracht sind, lassen keinen Zweifel darüber, daß, welche Ungunst europäischer Verhältnisse auch entgegenstehen möge, dieses Land ebenso wenig als ich jemals auf sein legitimes Recht verzichten wird und daß in diesem Recht in der That jene unverzichtbare Macht wohnt, welche dasselbe überall gewinnt, wo es mit dem Interesse und dem Gewissen des Volkes un trennbar verwachsen ist.

Ich weiß es, welche Verantwortlichkeit ich übernommen habe, als ich mein Volk für mein Recht aufrief; hätte es sich bloss um meine Person und um mein Haus gehandelt, so würde ich zurückgeschreckt sein, nicht vor den Gefahren des zu betretenden Weges, doch vor dem Blutvergießen, welches sich schwer vermeiden ließ. Indez die feste Überzeugung, daß mein Recht die Grundlage der Freiheit und der Wohlfahrt des schleswig-holsteinischen Volkes ist, hat alle meine Schritte seit dem Tode Friedrich's VII. geleitet.

Denn seit alten alten Zeiten besteht ein tiefer Gegensatz zwischen Schleswig-Holstein und Dänemark. Die letzten 8 Jahrhunderte hat derselbe mit Blut getränkt. Der Versuch, die beiden Völker zu verbinden, ist, welche Form auch gewählt wurde, stets gescheitert. Die im J. 1852 den Herzogthümern aufgelegte Form der Verbindung mit Dänemark hat zu einer tyrannischen Unterdrückung geführt, welche selbst vor der Schwelle der Kirche und der Schule nicht zurückgeschreckt.

Das schleswig-holsteinische Volk erkennt in seiner Unabhängigkeit die einzige Bürgschaft seiner Zukunft; jedes andere Abkommen würde nur dazu dienen, einen neuen Kampf zu entfachen und unheilvolle Verwirrung ins Leben zu rufen.

Die Trennung der Herzogthümer von Dänemark ist nicht allein eine Forderung der Legitimität und der Gesetzlichkeit, sie ist eine Forderung der Menschlichkeit und des Weltfriedens. Denn gelänge es auch der Gewalt, noch einmal die Herzogthümer unter das dänische Dach zu bringen, so würden sie doch nur die erste günstige Gelegenheit abwarten, um ein eben so illegitimes als verhaftes Soh abzuwerfen. Und ich für meinen Theil würde es als eine heilige Pflicht betrachten, sie, wenn der Augenblick da ist, zu den Waffen zu rufen.

Sollte aber ungeachtet der freiwilligen und nicht förmlichen Kundgebung der Bevölkerung und ihrer gegenwärtigen Vertreter Europa noch Zweifel über die wahre Meinung des Landes hegen, sollte Europa dem geschichtlichen Recht eine neue Bekräftigung geben wollen, so wird es kein angemesseneres Mittel geben, als die Verufung auf die formelle Willensäußerung des Landes.

Wenn es verschiedene Formen gibt, diesen Willen zu konstatiren, ich werde mich mit jeder Form einverstanden erklären, vorausgesetzt, daß dieselbe volle Bürgschaft für die Freiheit der Willensäußerung gibt und daß sie unanfechtbar feststellt, ob die Schleswig-Holsteiner sich als meine Untertanen oder als die Untertanen des Königs von Dänemark betrachten.

Obwohl entschlossen, mein Land nicht wieder zu verlassen, würde ich dennoch, um selbst den Schein einer Beeinflussung zu vermeiden, einwilligen, für diesen Zweck auf die Dauer einer solchen Willensäußerung mich außerhalb dieses Landes aufzuhalten.

Die Unabhängigkeitsliebe der Herzogthümer ist kein unähnliches Wollen. Sie tragen die für ihre Entwicklung notwendigen Eigenschaften und Hüfsquellen in sich; sie beklagen nur, bis jetzt noch keine Gelegenheit erhalten zu haben, durch Theilnahme an dem Kampfe, welcher für ihre Sache entbrannt ist, die Stärke ihres Willens aufs Neue zu beweisen. Gewähre man ihnen die Freiheit, die Mittel ihrer Vertheidigung auf denjenigen Fuß zu setzen, auf dem sie waren, als Europa, nicht Dänemark ihnen die Waffen entwand, und sie werden durch die That beweisen, daß sie ihre Unabhängigkeit zu erstreiten und zu behaupten im Stande sind.

Ich habe mich nicht begnügen wollen, mein und des Landes Recht gegen einen möglichen Eingriff zu verteidigen. Gewiß ist, daß man in Kopenhagen jetzt sehr bereit wäre, durch die Verzichtsleistung auf Holstein den Wiederbesitz Schleswigs zu erkaufen. Die "France" versichert, Russland habe sich sehr energisch für die Integrität der dänischen Monarchie ausgesprochen; zugleich hat sie sich aber die gegen russische Ablehnungen gerichtete bestimmte Erklärung des "Journ. de Bruxelles" telegraphiren lassen, daß

vor dem Düsseler Sturm auf Land an Österreich und Preußen erklärt habe, es wolle sich dem Anschluß der Herzogthümer an Deutschland nicht widersetzen, sofern nur jene beiden Mächte sich verpflichten wollten, die Verwirklichung der skandinavischen Union zu bekämpfen.

In der Schleswig-Holst. Ztg.⁴ erklären die Führer der Kandsburger Volksversammlung, daß der österreichische Commissär, Graf Revertera zu ihnen von „unnützen Demonstrationen“ nicht gesprochen habe.

Ein Wiener Correspondent der „Schl. Ztg.“ hatte erzählt, daß über eine österreichisch-französische Convention bereits ein Meinungsauftausch stattgefunden habe, falls Preußen mit seinen Annexions-Bestrebungen Ernst machen sollte. Dieser Insinuation gegenüber ist die „Gen.-Corr.“ in der Lage zu erklären, daß diese gehässigen Hypothesen jedes Grundes entbehren.

Prinz Oscar von Schweden hat am 18. das Oberkommando über die schwedische Marine angetreten und eine Proklamation erlassen, die „auf alles kommende Ernst“ vorbereitet.

Gegen die Ausweisung Mazzini's aus der Schweiz ist Seitens des Grütlivereins und der Genfer Helvetia ein Protest dem Bundesrat zugestellt worden. Beide wurden ad acta gelegt.

Nach Berichten aus Brüssel, 20. Mai, hat das Ministerium sein Demissionsgesuch zurückgezogen. Die Kammern werden am 31. Mai zusammenentreten.

Wie erwähnt, will die Pforte den jüngsten Vor-gängen in den Donauprätenthümer nicht ruhig zu-sehen, sondern dieselben als ein Motiv der bewaffneten Einmischung betrachten. In Paris wird man, wie man der „N. P. Z.“ von dort schreibt, der Pforte das Recht hierzu bestreiten. Bekanntlich lautet

der 27. Artikel des Pariser Vertrages dahin, daß, im Falle die innere Ruhe der Fürstenthümer bedroht sei, die Pforte nur erst nach vorherigem Verständnisse zwischen den vertrageingehenden Mächten bewaffnet einschreiten könne. Da nun nach der Ansicht der französischen Regierung ein Staatsstreich, welcher auf kleinen materiellen Widerstand gestoßen ist, nicht als eine Bedrohung der inneren Ruhe angesehen werden darf, so sei dieselbe fest entschlossen, den möglichen Antrag der Pforte, würde er auch von andern Mächten unterstützt, zurückzuweisen, sich aber bereit zu erklären, an einer nachträglichen Prüfung des vom Fürsten Cusa gegebenen Wahlgesetzes Theil zu nehmen. Stelle es sich heraus, daß bei der bevorstehenden Abstimmung Alles loyal zugegangen sein werde, so könnte Frankreich diesen Volkswillen nur achten und demselben Achtung zu verschaffen suchen.

Wie aus Alexandrien vom 14. d. gemeldet wird, schick der Bicélonig auf Verlangen des Sultans ein Corps von 3500 Mann gegen die aufständischen Beduinen in Yemen.

Der „Moniteur“ zeigt an, daß am 16. Mai zwischen Herrn Drouyn de Lhuys und den Vertretern von Brasilien, Italien und Portugal eine Convention abgeschlossen und unterzeichnet wurde, welche die Errichtung eines von Hrn. Balestrini vorgeschlagenen internationalen Telegraphen zwischen dem europäischen Festlande und Amerika zum Gegenstande hat.

Nach Berichten aus London hat Mr. Lindsay auf den 3. Juni einen Resolutions-Antrag zu Gunsten der Anerkennung der conföderirten Staaten von Nordamerika und Varter als Amenden dagegen die Stellung der Vorfrage angemeldet. Idenfalls wird die amerikanische Frage im Unterhause wieder einmal erörtert werden.

Nach einem Telegramm der „Presse“ aus Berlin 20. d. hat Hannover seine Bevollmächtigten zur Zollvereins-Conferenz von Berlin abberufen. Wie aus München, 21. Mai, gemeldet wird, sind die Ministerialräthe Weber und Meixner, der Ministerien des Außen und des Handels, zu Berathungen in der Zollfrage nach Wien abgereist. Wahrscheinlich vertreten dieselben auch noch andere süddeutsche Zollvereinsregierungen. Nach Berichten aus Wien handelt es sich um eine Vorbesprechung in Bezug auf die bevorstehende Münchener Conferenz, zu welcher bereits die Einladungen an die Regierungen von Württemberg, Hannover, die beiden Hessen, Nassau und Frankfurt ergangen sind.

Landtagsverhandlungen.

Wie die Laibacher Novice melden, hat das vom Krainer Landtag votirte Gemeindegesetz wegen der bekannten Abweichung von der Regierungsvorlage die kaiserliche Sanction nicht erhalten.

Telegraphische Berichte über die Landtagssitzungen am 20. Mai.

Piag. In der heutigen Landtagssitzung wurde die Generaldebatte über das Strafencurrenzgesetz geschlossen. Der Minoritätsantrag bezüglich der Einschließung der Straßen im Landes-, Bezirks- und Gemeindestraßen wird mit 95 gegen 82 Stimmen, sowie auch die Paragraphen 2 bis 5 und zwar §. 2 nach dem Regierungsantrag, daß zur Errichtung von Landesstrassen ein Landesgesetz nothwendig sei, angenommen.

haben im Laufe des heutigen Vormittags zahlreich Privataudienzen zu ertheilen geruht.

Seine Majestät der Kaiser hat gestern den Baron Solcsevic in besonderer Audienz empfangen.

Für Ihre Majestät die Kaiserin wurde die Villa Hess in Rissingen auf die Monate Juni und Juli gemietet.

Ihre Majestäten Kaiser Ferdinand und Kaiserin Maria Anna haben den Armen des Pfarrbezirkes St. Veit in Prag 200 fl. zu spenden geruht.

Heute fand unter dem Voritz Sr. k. Hohett des

Herrn Erzherzogs Rainer ein Ministerrath statt;

früher empfing der Herr Erzherzog den Statthalter von Galizien, F. M. Grafen Mensdorff.

Der Staatsminister v. Schmerling hat dem in An-

gelegenheit des Kepler Denkmals hier anwesenden Königlich Württembergischen Notar Dr. Gruner die Bewilligung ertheilt, in den Archiven in Wien, Prag, Graz, Linz, wo

sich Briefe und zahlreiche bisher unbemerkte Abhandlungen

von Kepler befinden, seine biographischen Forschungen fortzusetzen.

Der ungarische Hofkanzler, Graf Zichy, hat

heute seine Amtswohnung in der Schenkenstraße bezo gen.

Der sächsische Nationengraf soll, wie man aus Hermannstadt meldet, im September mit noch nicht dagewesenen Glanze instaliert werden; man trifft bereits jetzt schon Vorbereitungen zu dieser Feier.

Der Handels- und Seefahrerstand in Flüsse will

dem Contreadmiral v. Legethoff einen Ehrendegen

überreichen lassen.

Zu den in Texel bereits befindlichen österreichischen Kriegsschiffen sind am 17. d. noch die Dampfschiffe „Friedrich“ und das Dampf-Kanonenboot „See hund“ eingetroffen.

Deutschland.

Der schon erwähnte Bericht des dänischen Marineministeriums über das Seetreffen in der Bucht von Helgoland am 9. d. meldet Folgendes: Nach-

dem die Fregatte „Tyland“ sich am 6. d. mit der Fregatte „Niels Juel“ und der Corvette „Heimdal“ auf der Höhe von Christiansand vereinigt hatte, segelte die gesamte dänische Escadre unter dem Kommando des Orlog-Capitäns E. Suenson in südl. Richtung, um laut der Ordre des Ministeriums in der Helgolander Bucht zu kreuzen. Am 9. um

3½ Uhr Nachmittags, legte die Escadre bei vor dem

Smaldeip, um durch den Capitän-Lieutenant Hammer

zu erklären, an einer nachträglichen Prüfung des vom Fürsten Cusa gegebenen Wahlgesetzes Theil zu nehmen. Stelle es sich heraus, daß bei der bevorstehenden Abstimmung Alles loyal zugegangen sein werde, so könnte Frankreich diesen Volkswillen nur achten und demselben Achtung zu verschaffen suchen.

Wie aus Alexandria vom 14. d. gemeldet wird, schick der Bicélonig auf Verlangen des Sultans ein Corps von 3500 Mann gegen die aufständischen Beduinen in Yemen.

Der „Moniteur“ zeigt an, daß am 16. Mai zwischen Herrn Drouyn de Lhuys und den Vertretern von Brasilien, Italien und Portugal eine Convention abgeschlossen und unterzeichnet wurde, welche die Errichtung eines von Hrn. Balestrini vorgeschlagenen internationalen Telegraphen zwischen dem europäischen Festlande und Amerika zum Gegenstande hat.

Nach Berichten aus London hat Mr. Lindsay auf den 3. Juni einen Resolutions-Antrag zu Gunsten der Anerkennung der conföderirten Staaten von Nordamerika und Varter als Amenden dagegen die Stellung der Vorfrage angemeldet. Idenfalls wird die amerikanische Frage im Unterhause wieder einmal erörtert werden.

Nach einem Telegramm der „Presse“ aus Berlin 20. d. hat Hannover seine Bevollmächtigten zur Zollvereins-Conferenz von Berlin abberufen. Wie aus München, 21. Mai, gemeldet wird, sind die Ministerialräthe Weber und Meixner, der Ministerien des Außen und des Handels, zu Berathungen in der Zollfrage nach Wien abgereist. Wahrscheinlich vertreten dieselben auch noch andere süddeutsche Zollvereinsregierungen. Nach Berichten aus Wien handelt es sich um eine Vorbesprechung in Bezug auf die bevorstehende Münchener Conferenz, zu welcher bereits die Einladungen an die Regierungen von Württemberg, Hannover, die beiden Hessen, Nassau und Frankfurt ergangen sind.

Landtagsverhandlungen.

Wie die Laibacher Novice melden, hat das vom Krainer Landtag votirte Gemeindegesetz wegen der bekannten Abweichung von der Regierungsvorlage die kaiserliche Sanction nicht erhalten.

Telegraphische Berichte über die Landtagssitzungen am 20. Mai.

Piag. In der heutigen Landtagssitzung wurde die Generaldebatte über das Strafencurrenzgesetz geschlossen. Der Minoritätsantrag bezüglich der Einschließung der Straßen im Landes-, Bezirks- und Gemeindestraßen wird mit 95 gegen 82 Stimmen, sowie auch die Paragraphen 2 bis 5 und zwar §. 2 nach dem Regierungsantrag, daß zur Errichtung von Landesstrassen ein Landesgesetz nothwendig sei, angenommen.

stand von ausgezeichneter Wirkung war. Um 4 Uhr stand die ganze Bordakallage des „Schwarzenberg“ vom unteren Mars bis hinauf in heftigem Brande und er schien von nun an den Kampf aufgegeben zu haben. Er setzte volle Kraft ein und wendete gegen den südlichen Einlauf bei Helgoland, gefolgt vom „Radeby“, welcher auf die ausgezeichnete Weise ihn zu decken suchte. Bei dieser letzten Wendung glückte es uns, dem Feind unsere Breitseiten hinten hinein auf recht guten Abstand zu geben. Unsere Schiffe verfolgten die feindlichen mit Kraft, ihre Bugkanonen mit Vortheil gebrauchend, bis 4½ Uhr Nachmittags, als sie Helgoland auf vier Quadratmeilen nahe waren und die Jagd aufbören mußte, um nicht das neutrale Territorium zu verletzen. Die Escadre warf nun N. = O. über und blieb einige Zeit liegen, um den Feind zu observiren. Die österreichischen Freiheiten, so wie die Kanonenboote, ankerten an der Seite von Helgoland und ließen den Dampf gehen; die Vorder-Takelage des „Schwarzenberg“ stürzte kurz darauf zusammen. Die englische Fregatte „Aurora“ hatte sich während der ganzen Affaire am Süden von Helgoland vor Anker gehalten. Die dänische Escadre stand gegen Abend nach Osten und ging am nächsten Morgen 3½ Uhr, zufolge einer vom Marine-Ministerium empfangenen Depesche, nach Norden ab. — Unser Verlust in diesem für unsere Marine so ehrenvollen Kampfe ist, wie früher mitgetheilt, 14 Tode und 54 Verwundete, wogegen „Schwarzenberg“ allein, nach der Aussage eines Augenzeugen, welcher bei Helgoland am Bord war, 150 Tode und Verwundete hatte. Unsere Schiffe sind keinen Augenblick während oder nach der Affaire dienstunfähig gewesen.

Die kurhessische Ständeversammlung hat sich für die facultative Civil-Ehe entschieden. Damit wurde sowohl die Regierungsvorlage (Noth-Civil-Ehe), als der Antrag der Linken (obligatorische Civil-Ehe) abgelehnt. Der großdeutsche Reformverein, der, nachdem er in großerartiger Weise begonnen, seit längeren Monaten die gesamte dänische Escadre unter dem Kommando des Orlog-Capitäns E. Suenson in südlicher Richtung, um laut der Ordre des Ministeriums in der Helgolander Bucht zu kreuzen. Am 9. um 3½ Uhr Nachmittags, legte die Escadre bei vor dem Smaldeip, um durch den Capitän-Lieutenant Hammer zu erklären, an einer nachträglichen Prüfung des vom Fürsten Cusa gegebenen Wahlgesetzes Theil zu nehmen. Stelle es sich heraus, daß bei der bevorstehenden Abstimmung Alles loyal zugegangen sein werde, so könnte Frankreich diesen Volkswillen nur achten und demselben Achtung zu verschaffen suchen.

Die kurhessische Ständeversammlung hat sich für die facultative Civil-Ehe entschieden. Damit wurde sowohl die Regierungsvorlage (Noth-Civil-Ehe), als der Antrag der Linken (obligatorische Civil-Ehe) abgelehnt.

Der großdeutsche Reformverein, der,

nachdem er in großerartiger Weise begonnen, seit längeren Monaten die gesamte dänische Escadre unter dem Kommando des Orlog-Capitäns E. Suenson in südlicher Richtung, um laut der Ordre des Ministeriums in der Helgolander Bucht zu kreuzen. Am 9. um 3½ Uhr Nachmittags, legte die Escadre bei vor dem

Smaldeip, um durch den Capitän-Lieutenant Hammer zu erklären, an einer nachträglichen Prüfung des vom Fürsten Cusa gegebenen Wahlgesetzes Theil zu nehmen. Stelle es sich heraus, daß bei der bevorstehenden Abstimmung Alles loyal zugegangen sein werde, so könnte Frankreich diesen Volkswillen nur achten und demselben Achtung zu verschaffen suchen.

Die „Gen.-Corr.“ erfährt aus Brest, daß das Geschwader des Contre-Admirals v. Wüllerstorff, welcher

entdeckt, um 12 Uhr hatte man die feindlichen Escadre, aus 2 österreichischen Fregatten und 3 kleinen preußischen Dampfschiffen bestehend, in Sicht. Signal

wurde an unsere Schiffe gegeben zu „Dampf auf“, „Beschlagt die Segel“, „Klar Schiff“ und „Folgt dem Commandirenden in dichtgeschlossener Kielwasser-Ordnung“. — Die feindlichen Schiffe hatten sich inzwischen den unfrigen auf etwa 3000 Ellen genähert.

Die Fregatte „Schwarzenberg“ führte sie an, in einem Abstand folgte „Radeby“ und weiter entfernt die preußischen Kanonenboote. Der Platz war SD.

von Helgoland, ungefähr 10 Meilen davon entfernt, das Wetter schön, mit leichter östlicher Brise. „Schwarzenberg“ eröffnete nun das Feuer und versuchte kurz

darauf, indem er das Ruder Backbord legte, uns vorüber zu segeln; da dieses indessen dadurch verhindert wurde, daß unsere Schiffe gleich Backbord absieten,

wurde, daß unsere Schiffe gleich Backbord absieten, gab er seine Absicht auf. Die Escadre waren inzwischen einander näher gekommen, entgegengesetzte Course, N. und S. steuern, und „Schwarzenberg“

empfing unser erstes Feuer auf 5 bis 6 Kabellängen (15—18.000 Ellen). Die Schnelligkeit wurde vermindert und das Engagement umgekehrt um 1¾ Uhr Nachmittags allgemein. Die preußischen Kanonenboote waren der Bewegung der Österreicher nicht gefolgt, sondern suchten, indem sie sich in südöstlicher Richtung von ihnen hielten, unsere Schiffe von vorne zu beschließen. Der Abstand, 4—6000 Ellen, war

indessen viel zu groß und ihr Feuer blieb deshalb ohne Wirkung. Als unsere Linie die österreichischen Fregatten passiert hatte, wendete sie langsam Steuerbord über, um zwischen die österreichischen und preußischen Schiffe zu kommen. Um dieses zu verhindern, forderten die Letzteren vorwärts, während die Österreicher sich dazwischen zu werfen suchten. Bei dieser Gelegenheit glückte es unseren Schiffern, den feindlichen Fregatten einige wechselseitige Lagen vorn hinzugeben. Die österreichische und dänische Escadre ließen nun nach diesem Manöver Seite an Seite, nach und nach SW. und W. einbiegen. „Niels Juel“ nahm den Kampf auf mit „Schwarzenberg“, „Radeby“ und „Heimdal“ mit „Radeby“; unsere Linie war gut geschlossen und unsere Schiffe hatten vortrefflichen Schutz, namentlich, nachdem der Abstand auf 2 bis 3 Kabellängen (6 bis 900 Ellen) reduziert war. — Das Feuer der Österreicher war besonders gut gerichtet und unterhalten, obgleich sie heftig beschossen wurden. — Die Kanonenboote waren nun, wie während der ganzen Affaire, in sehr bedeutendem Abstand und ihr Feuer ohne Wirkung.

Gegen 3½ Uhr, nachdem der Kampf etwa 7 Minuten gedauert hatte, wurde Feuer im Vordermastsegel des „Schwarzenberg“ bemerkt, man sah

starke Rauch aus seinen Batteriesorten herauskommen und sein Kanonenfeuer wurde merklich schwächer, während auf unserer Seite die Anstrengungen ver-

schzig Jahren kämpft die Familie des Lesurques — seine Frau und eine seiner Töchter wurden wahnsinnig, die andere Tochter ist in der Vergewaltigung als Selbstmörderin gestorben — gegen jene Fiction der Geschworenen-Institution; kaum daß es ihr gelang — unter der Restauration — einen Theil des Vermögens zurück zu erhalten, welches in Folge des Urtheilspruches konfisziert worden war. Der Diebstahl, welcher an dem Postwagen von Lyon vollbracht worden war, hatte sich auf 55.000 Franken belaufen, und auch für diese Summe hätte sich die Regierung an dem Eigentum der Familie Lesurques entschädigt. Diese Summe war der Gegenstand eines Amendements, welches der zweiten Section des Finanz-Budgets hinzugefügt worden war und in der Sitzung des gelegebenden Körpers vom 16. d. zu einer eben lebhaften als interessanten Debatte Anlaß gab. Die Commission und die Vertreter der Regierung kämpften mit aller Gewalt gegen das Amendement, d. h. gegen den Antrag an, daß der Finanzminister die obige Summe der Familie des unschuldig verurteilten Lesurques auszahle — aber vergebens. Die Majorität verwarf die betreffende Section des Finanzbudgets, weil in derselben nicht jene Summe von 55.000 Frs. einbezogen war, so daß die Commission die Sache einer neuen Verathung unterbreiten und einen neuen Bericht machen muß. Eine vortreffliche Rede von J. Favre hat am meisten zu dieser Schlappheit beigetragen.

Nach einem Bericht der „N. P. Z.“ aus Paris unterliege der gegen den Giftnischer La Pommerais gefallte Urtheilspruch juridischen Bedenken und werde wahrscheinlich cassirt werden.

Französischen Blättern entnehmen wir noch folgende Einzelheiten über den Prozeß La Pommerais: Der Vater des Angeklagten wohnte der Prozeßverhandlung vom ersten Tage an bei, aber es wurde ihm nie gestattet, mit seinem Sohne zu sprechen. Während der letzten Gerichtsitzung schien die Gendarmen den Angeklagten besonders sorgfältig zu überwachen. Man fürchtete offenbar, er werde sich irgend ein Gift beibringen. Am 18. d. unterzeichnete Couty de La Pommerais sein Cassationsgesuch. Er sträubte sich lange dagegen. Sein Vertheidiger Lagbaud hatte alle Mühe, ihn dazu zu bestimmen. „Ich fordere das von Ihnen“, worauf La Pommerais, scheinbar aus Rücksicht für seinen Vertheidiger, unterzeichnete. „Dies alles“, sagte der zum Tode Verurteilte, „ist mir höchst langweilig, viel lieber möchte ich gleich zu Ende kommen.“ Die Geschworenen, heißt es, wollen zu Gunsten des Verurteilten ein Gnadenegesuch einreichen. Im Zimmer des Verurteilten befinden sich zwei Wächter. Es scheint, daß er die Nacht nach seiner Verurteilung ohne Unterbrechung sehr ruhig schlief. Heute (19.) ist er sehr ruhig und überrascht seine Wächter durch seine Entschiedenheit. Heute Abends wird man ihn in das Gefängnis von La Roquette bringen, in dessen Haftraume die Todesurtheile vollzogen werden. Dort wird er das Resultat seines Cassationsgesuches abwarten.

Die „Gen.-Corr.“ erfährt aus Brest, daß das Geschwader des Contre-Admirals v. Wüllerstorff, welches bekanntlich auf der Fahrt nach der Nordsee auf diesem Hafen einen längeren Aufenthalt nahm, von den französischen Behörden mit besonderer Freundlichkeit behandelt wird. Für die bei mehreren Schiffen namentlich Sr. Majestät Panzerfregatte Don Juan d'Austria notwendig gewordenen Reparaturen, ist jedenfalls der Hafenbehörden jedeweile Unterstützung und Aushülfe mit der größten Bereitwilligkeit zur Verfügung gestellt worden. G

nahme haben, daß der Inhalt unterwegs un-
gehörige Durchleistung erlitten habe.
Graf Manderström verlangt nur eine Untersuchung,
und die General-Postdirektion ist aufgefordert wor-
den, eine Erklärung abzugeben. Das Couvert war
in die Queere zerissen und hatte noch einige andere
Schäden, doch war das Siegel unverletzt. Es hatte
den Hamburger Poststempel und ist also gewiß, daß
der Postbeamte in Stockholm, Controleur Bismarck
ein Versehen begangen hat. Man befürchtet, der
schwedische Gesandte werde in London, wenn man
die geheimen Instructionen wirklich kennt, gar nichts
mehr wirken können. Die Sache ist ein seltsames
Intermezzo! Da in Hamburg ein eigenes schwedi-
sches Postamt besteht, so ist nicht gut denkbar, daß
Paket anders als über Malmö, Kopenhagen, Ham-
burg, London gegangen ist und Deutschland hat mit
der Beförderung gar nichts zu thun.

Italien.

In der Turiner Deputirtenkammer richtete Siccoci am 16. d. eine Interpellation an den Minister des Äußern über die mexicanische Frage. Veranlaßt war dieselbe durch folgenden Fall. Bei einer Expedition, welche die Franzosen im Mexico unternommen hatten, war fürlach ein Italiener, der bei Juarez' Armee stehende General Ghilardi, im Jahre 1848 Kampfgenosse Garibaldi's vor Rom, gefangen und kriegsgerichtlich fülliert worden. Er hatte sich nach dem Fall Pueblas, an dessen Vertheidigung er tapfern Theil genommen, mit Juarez ins Innere Mexico's zurückgezogen, später aber sich ganz unerwartet dem französischen Commandanten von San Louis gestellt, um seine Anerkennung des Kaiserreiches zu erklären. Doch war er damals nur wenige Tage in San Louis geblieben, nämlich nur so lange, als er brauchte, um ohne Aufsehen die Stärke der Franzosen und ihre Befestigungen auszukundschaften, dann war er wieder verschwunden, um zu Juarez zurückzukehren. Es ist nun begreiflich, daß die Franzosen, als sie seiner habhaft wurden, ihn füllieren ließen. Siccoci verlangte zu wissen, was die Regierung gegen die Vernichtung der mexicanischen Freiheit thun, und welche Haltung sie einschlagen würde, wenn in Mexico wegen der Kaiserfrage ein neuer Krieg ausbreche. Der Minister erklärte eine Discussion hierüber nicht passend, da man erst den Gang der Ereignisse abwarten müsse; was Ghilardi betrifft, so sei eine Intervention zu seinen Gunsten nicht möglich gewesen, nachdem er als mexikanischer Bürger an den dortigen Kämpfen teilgenommen habe. Bei der Discussion der römischen Frage äußerte Musolini ganz naiv, der Papst solle eigentlich nur der erste Bischof sein und auf Vorschlag des Siegelbewahrers vom Könige ernannt werden; bei Ausbruch eines Krieges könne — was er mathematisch zu beweisen sich bereit erklärte — Italien gleichzeitig mit Österreich und Frankreich Krieg führen.

Aus Modena wird der "Gen.-C." vom 13. d. Mts. geschrieben: Es gibt Menschen, welche daß Bedürfnis zu haben scheinen, sich um jeden Preis lächerlich zu machen. Zu diesen Menschen gehört unstreitig auch der männlich bekannte "Prinz" Crouy. "Herr Wachtel hat mit dem Hofsovertheater einen neuen Contract gemacht, durch welchen ihm 24.000 fl. Gage (bisher hatte er 18.000 fl.) und ein viermonatlicher Urlaub jährlich zugetheilt werden.

Bur Tagesgeschichte.

"Neumeier's Vergnügungszug nach Konstantinopel ist, nachdem die Subskription kaum eröffnet, bereits als gefährdet zu betrachten. Karten sind nur mehr bis zum 20. Mai zu bekommen und nach der bisherigen Theilnehmernliste zu schließen, dürfte die Reisegesellschaft eine eben so gewählte als zahlreiche sein. Herr Neumeier gebürt jedendas die Anerkennung, auch hier der Erste zu sein, der für die Vergnügungsreise nach den Türken den Landweg einhält; eine Route, welche durch die ebenso malerisch-schönen als wenig gefahrene inneren Donaulandschaften führt und den Rückweg zur See doppelt interessant gestaltet.

"Herr Wachtel hat mit dem Hofsovertheater einen neuen Contract gemacht, durch welchen ihm 24.000 fl. Gage (bisher hatte er 18.000 fl.) und ein viermonatlicher Urlaub jährlich zugetheilt werden.

"[Ein Supplicant] Aus München wird gemeldet: Der König erhält am 27. April, dem Geburtstage des Prinzen Otto, seines Bruders, von diesem die schriftliche Bitte um Beförderung zum Oberleutnant zugestellt, "weil mit dem Gehalt eines Unterleutnants nicht auskommen sei". Das Gutachten wurde um so bereitwilliger genehmigt, als Prinz Otto gar keine Gage bezahlt.

"Die "Bairische Ztg." erklärt, daß die Auwesenheit Richard Wagner's in München mit einer Anstellung derselben in Bayern in keiner Verbindung steht.

"Brüssel soll demnächst durch einen Kanal mit der Schelde in Verbindung gesetzt werden. Das Projekt soll 3 Jahre zu seiner Fährt brauchen und der Bankier Mathieu für die auf 20.000.000 veranschlagten Kosten einzutreten gesonnen sein.

"[Die Krankheit des Pastores.] In Rom war vor kurzem an dem Sockel einer Statue des Pastores nachstehender Dialog angehestet: Frage: Was schlägt ihm? Antwort: Tumore (eine Geißwurst). Frage: Was erzeugt sie? Antwort: Streiche das T: Umore (Geißwurst). Frage: Was ist die Folg davon?

"Antwort: Streiche das U: More (er stirbt). Frage: Wann geschieht das? Antwort: Streiche das M: Ore (in einigen Stunden). Frage: Und wo kommt an seine Stelle? Antwort: Streiche das O: Re (der König). Frage: Welcher? Antwort: Streiche das R: E (Emanuel).

"(Groß-Krake.) Man schreibt der "N. P. B." aus Jütland: In Bezug auf den Ursprung des Namens "Groß-Krake" habe ich in einem alten dänischen Geschichtsbuche folgende Stelle gefunden: "Die Angel, Sachsen und Jütten zogen mit einander nach Britannien; sie eroberten nach einem 20jährigen Kriege einen großen Theil des Landes, welches von ihnen England genannt wurde, und nahmen auch daselbst den christlichen Glauben an. Das alte Angeln ward durch diesen Zug von Einwohnern fast entblößt; die dänischen Könige in Leire, Helge und sein Sohn Groß-Krake, benutzten diese Gelegenheit, nahmen es ein und nennen es Süd-Jütland. Dies war im Jahre 449.

"Ein schreckliches Unglück ereignete sich vor einigen Tagen an Bord des Dampfschiffes "Leinster" von Liverpool nach Irland. Während der Überfahrt von Drogheda nach Liverpool löste sich die schwere Punzenstange los, stürzte in den Schiffsboden und brach darin eine Öffnung, wodurch das Wasser strömend eindrang. Die Passagiere wurden von einem panischen Schrecken ergreift und ein Theil derselben sprang in die Rettungsboote, welche im Augenblick überfüllt untergingen. Etwa 50 Personen ertranken. Mittlerweile wurde dem zwischen Dublin und Liverpool kursirenden Dampfer "Lorch" die Gefahr signalisiert, welcher noch zeitig beilegen konnte, um die anderen Passagiere, welche sich nicht vom Segel herabsetzen konnten, zu retten.

"In London ist ein ganzes Bureau des Kriegsministeriums aufgelöst durch Gasirung sämtlicher darin beschäftigter Beamten — wegen Spiels. Es kam dem Minister Carl de Grey und Nixon zu Ohren, daß gewisse Arten des Würfelspiels während der Arbeitsstunden von den Beamten betrieben würden. Unter Vorstufe von Sir Edward Egard wurde eine Untersuchungskommission ernannt, was zur Entdeckung führte, daß vom "Gesheimrat" (venia sit verbo) bis zu den Clerks niederkriegerischen Handwerkern in so "verdienstlicher" Weise die Langeweile vertrieben. Summarische Entlassung und Verlust jedes Postens war die Folge, und sie trifft sogar Beamte, welche bei 25 bis 30 Jahren lang im Dienst gewesen. Die übrigen Beamten hatten "zum Appell" zusammenzutreten, um eine energische Warnung zu hören. Wie der "Daily Telegraph" meldet, standen bei jedem Spiel oft bedeutende Summen im Einsatz, und falsche Würfel sogar sollen sich unter den confiszierten Handwerkszeugen befinden.

Nußland.

Der "D. P. W." schreibt: Drei bewaffnete Insurgenten kamen in das Dorf Wierzgolin und entführten den unter militärischer Hut stehenden Landmann Simor Maryniuk. — Im Piotrkower Kreis wurden die Wahlen zu Gemeindewoys und Schultheißen in schönster Ordnung beendet. — Im Lęczyce Kreis wurden mit Hilfe der Landleute 20 Stufen mit Bayonetten und andere ähnliche Gegenstände; im Dorf Dziorki einige Stück Waffen, Pulver und Pistolen; unweit der Stadt Sobota an 16,000 Kugeln und Patronen, Pistolen und andere Waffen, endlich beim Vorwerk Chwmin 4000 scharfe Patronen und 300 Spießpfeile vergraben gefunden. — Am 26. v. M. kam der Gutsbesitzer Johann Krabski zum Gutsbesitzer Behm, der abwendl war, und verwundete mit einem Messer die Gattin Behm's und ihr Dienstmädchen. — Einige mit Feuerwaffen und Hacken bewaffnete Insurgenten überfielen am 3. d. die Hütte der Bäuerin Agathe Chwarkin und nahmen

Vocal- und Provinzial-Nachrichten.

Krakau, den 23. Mai.

Der "Gaz" vom 21. Mai l. 3. bringt in der Anzeige "Chronik" die Notiz, daß das f. f. Staatsministerium mit Erfolg den, eine Erklärung abzugeben. Das Couvert war in die Queere zerissen und hatte noch einige andere Schäden, doch war das Siegel unverletzt. Es hatte den Hamburger Poststempel und ist also gewiß, daß der Postbeamte in Stockholm, Controleur Bismarck ein Versehen begangen hat. Man befürchtet, der schwedische Gesandte werde in London, wenn man die geheimen Instructionen wirklich kennt, gar nichts mehr wirken können. Die Sache ist ein seltsames Intermezzo! Da in Hamburg ein eigenes schwedisches Postamt besteht, so ist nicht gut denkbar, daß Paket anders als über Malmö, Kopenhagen, Hamburg, London gegangen ist und Deutschland hat mit der Beförderung gar nichts zu thun.

Laut einem Tagesbefehl an die Warschauer Polizei beginnen die Vorstellungen in beiden Theatern vom 18. d. angefangen, um 8 Uhr, weshalb den Einwohnern gestattet wird bis 12 Uhr Nachts in den Straßen herumzugehen.

Über die Vorgänge im Kaufhaus melden St. Petersburger Nachrichten folgendes: "Die letzten Nachrichten über die Operationen im Kaufhaus wurden am Ostermontag Abend von dem Adjutanten des Großfürsten Michael, Fürsten Trubetskoi dem Kaiser überbracht. Se. Kais. Hoheit der Statthalter empfing am 15. April die Deputirten der Ubychen, Schapungen, Oshigten und Achtschijpen, die nach Novaginskoj an der Mündung der Sotscha gekommen waren, um die Unterwerfung der sie absendenden Slawen anzugeben und um hinreichende Zeit zu den Vorbereitungen zur Auswanderung zu bitten. Der Großfürst Michael versprach ihnen Unterstützung zur Überfahrt, bewilligte einen Monat zu den Vorbereitungen zur Abreise und erklärte zugleich daß diejenigen, welche das ihnen angewiesene Gebiet verlassen würden, um ins Gebirge zurückzukehren, wie Aufrührer sollten behandelt werden. Seitdem erwartet der größte Theil der Bergbevölkerung vom Ostufer des schwarzen Meeres die Schiffe, die sie in die Türkei bringen sollen. Zu diesem Zwecke hat die Oberbehörde im Kaufhaus mehrere Marinetransportschiffe bestimmt und einige Handelsschiffe gemietet. Die türkische Regierung ihrerseits hat mit Genehmigung der russischen drei Fregatten und zwei Dampfer ohne Kanonen entsendet.

Zur Tagesgeschichte.

"Neumeier's Vergnügungszug nach Konstantinopel ist, nachdem die Subskription kaum eröffnet, bereits als gefährdet zu betrachten. Karten sind nur mehr bis zum 20. Mai zu bekommen und nach der bisherigen Theilnehmernliste zu schließen, dürfte die Reisegesellschaft eine eben so gewählte als zahlreiche sein. Herr Neumeier gebürt jedendas die Anerkennung, auch hier der Erste zu sein, der für die Vergnügungsreise nach den Türken den Landweg einhält; eine Route, welche durch die ebenso malerisch-schönen als wenig gefahrene inneren Donaulandschaften führt und den Rückweg zur See doppelt interessant gestaltet.

"Herr Wachtel hat mit dem Hofsovertheater einen neuen Contract gemacht, durch welchen ihm 24.000 fl. Gage (bisher hatte er 18.000 fl.) und ein viermonatlicher Urlaub jährlich zugetheilt werden.

"[Ein Supplicant] Aus München wird gemeldet: Der König erhält am 27. April, dem Geburtstage des Prinzen Otto, seines Bruders, von diesem die schriftliche Bitte um Beförderung zum Oberleutnant zugestellt, "weil mit dem Gehalt eines Unterleutnants nicht auskommen sei". Das Gutachten wurde um so bereitwilliger genehmigt, als Prinz Otto gar keine Gage bezahlt.

"Die "Bairische Ztg." erklärt, daß die Auwesenheit Richard Wagner's in München mit einer Anstellung derselben in Bayern in keiner Verbindung steht.

"Brüssel soll demnächst durch einen Kanal mit der Schelde in Verbindung gesetzt werden. Das Projekt soll 3 Jahre zu seiner Fährt brauchen und der Bankier Mathieu für die auf 20.000.000 veranschlagten Kosten einzutreten gesonnen sein.

"[Die Krankheit des Pastores.] In Rom war vor kurzem an dem Sockel einer Statue des Pastores nachstehender Dialog angehestet: Frage: Was schlägt ihm? Antwort: Tumore (eine Geißwurst). Frage: Was erzeugt sie? Antwort: Streiche das T: Umore (Geißwurst). Frage: Was ist die Folg davon?

"Antwort: Streiche das U: More (er stirbt). Frage: Wann geschieht das? Antwort: Streiche das M: Ore (in einigen Stunden). Frage: Und wo kommt an seine Stelle? Antwort: Streiche das O: Re (der König). Antwort: Streiche das R: E (Emanuel).

"(Groß-Krake.) Man schreibt der "N. P. B." aus Jütland: In Bezug auf den Ursprung des Namens "Groß-Krake" habe ich in einem alten dänischen Geschichtsbuche folgende Stelle gefunden: "Die Angel, Sachsen und Jütten zogen mit einander nach Britannien; sie eroberten nach einem 20jährigen Kriege einen großen Theil des Landes, welches von ihnen England genannt wurde, und nahmen auch daselbst den christlichen Glauben an. Das alte Angeln ward durch diesen Zug von Einwohnern fast entblößt; die dänischen Könige in Leire, Helge und sein Sohn Groß-Krake, benutzten diese Gelegenheit, nahmen es ein und nennen es Süd-Jütland. Dies war im Jahre 449.

"Ein schreckliches Unglück ereignete sich vor einigen Tagen an Bord des Dampfschiffes "Leinster" von Liverpool nach Irland. Während der Überfahrt von Drogheda nach Liverpool löste sich die schwere Punzenstange los, stürzte in den Schiffsboden und brach darin eine Öffnung, wodurch das Wasser strömend eindrang. Die Passagiere wurden von einem panischen Schrecken ergreift und ein Theil derselben sprang in die Rettungsboote, welche im Augenblick überfüllt untergingen. Etwa 50 Personen ertranken. Mittlerweile wurde dem zwischen Dublin und Liverpool kursirenden Dampfer "Lorch" die Gefahr signalisiert, welcher noch zeitig beilegen konnte, um die anderen Passagiere, welche sich nicht vom Segel herabsetzen konnten, zu retten.

"In London ist ein ganzes Bureau des Kriegsministeriums aufgelöst durch Gasirung sämtlicher darin beschäftigter Beamten — wegen Spiels. Es kam dem Minister Carl de Grey und Nixon zu Ohren, daß gewisse Arten des Würfelspiels während der Arbeitsstunden von den Beamten betrieben würden. Unter Vorstufe von Sir Edward Egard wurde eine Untersuchungskommission ernannt, was zur Entdeckung führte, daß vom "Gesheimrat" (venia sit verbo) bis zu den Clerks niederkriegerischen Handwerkern in so "verdienstlicher" Weise die Langeweile vertrieben. Summarische Entlassung und Verlust jedes Postens war die Folge, und sie trifft sogar Beamte, welche bei 25 bis 30 Jahren lang im Dienst gewesen. Die übrigen Beamten hatten "zum Appell" zusammenzutreten, um eine energische Warnung zu hören. Wie der "Daily Telegraph" meldet, standen bei jedem Spiel oft bedeutende Summen im Einsatz, und falsche Würfel sogar sollen sich unter den confiszierten Handwerkszeugen befinden.

"Laut einem Tagesbefehl an die Warschauer Polizei beginnen die Vorstellungen in beiden Theatern vom 18. d. angefangen, um 8 Uhr, weshalb den Einwohnern gestattet wird bis 12 Uhr Nachts in den Straßen herumzugehen.

Über die Vorgänge im Kaufhaus melden St. Petersburger Nachrichten folgendes: "Die letzten Nachrichten über die Operationen im Kaufhaus wurden am Ostermontag Abend von dem Adjutanten des Großfürsten Michael, Fürsten Trubetskoi dem Kaiser überbracht. Se. Kais. Hoheit der Statthalter empfing am 15. April die Deputirten der Ubychen, Schapungen, Oshigten und Achtschijpen, die nach Novaginskoj an der Mündung der Sotscha gekommen waren, um die Unterwerfung der sie absendenden Slawen anzugeben und um hinreichende Zeit zu den Vorbereitungen zur Auswanderung zu bitten. Der Großfürst Michael versprach ihnen Unterstützung zur Überfahrt, bewilligte einen Monat zu den Vorbereitungen zur Abreise und erklärte zugleich daß diejenigen, welche das ihnen angewiesene Gebiet verlassen würden, um ins Gebirge zurückzukehren, wie Aufrührer sollten behandelt werden. Seitdem erwartet der größte Theil der Bergbevölkerung vom Ostufer des schwarzen Meeres die Schiffe, die sie in die Türkei bringen sollen. Zu diesem Zwecke hat die Oberbehörde im Kaufhaus mehrere Marinetransportschiffe bestimmt und einige Handelsschiffe gemietet. Die türkische Regierung ihrerseits hat mit Genehmigung der russischen drei Fregatten und zwei Dampfer ohne Kanonen entsendet.

"Die "Bairische Ztg." erklärt, daß die Auwesenheit Richard Wagner's in München mit einer Anstellung derselben in Bayern in keiner Verbindung steht.

"Brüssel soll demnächst durch einen Kanal mit der Schelde in Verbindung gesetzt werden. Das Projekt soll 3 Jahre zu seiner Fährt brauchen und der Bankier Mathieu für die auf 20.000.000 veranschlagten Kosten einzutreten gesonnen sein.

"[Die Krankheit des Pastores.] In Rom war vor kurzem an dem Sockel einer Statue des Pastores nachstehender Dialog angehestet: Frage: Was schlägt ihm? Antwort: Tumore (eine Geißwurst). Frage: Was erzeugt sie? Antwort: Streiche das T: Umore (Geißwurst). Frage: Was ist die Folg davon?

"Antwort: Streiche das U: More (er stirbt). Frage: Wann geschieht das? Antwort: Streiche das M: Ore (in einigen Stunden). Frage: Und wo kommt an seine Stelle? Antwort: Streiche das O: Re (der König). Antwort: Streiche das R: E (Emanuel).

"(Groß-Krake.) Man schreibt der "N. P. B." aus Jütland: In Bezug auf den Ursprung des Namens "Groß-Krake" habe ich in einem alten dänischen Geschichtsbuche folgende Stelle gefunden: "Die Angel, Sachsen und Jütten zogen mit einander nach Britannien; sie eroberten nach einem 20jährigen Kriege einen großen Theil des Landes, welches von ihnen England genannt wurde, und nahmen auch daselbst den christlichen Glauben an. Das alte Angeln ward durch diesen Zug von Einwohnern fast entblößt; die dänischen Könige in Leire, Helge und sein Sohn Groß-Krake, benutzten diese Gelegenheit, nahmen es ein und nennen es Süd-Jütland. Dies war im Jahre 449.

"Ein schreckliches Unglück ereignete sich vor einigen Tagen an Bord des Dampfschiffes "Leinster" von Liverpool nach Irland. Während der Überfahrt von Drogheda nach Liverpool löste sich die schwere Punzenstange los, stürzte in den Schiffsboden und brach darin eine Öffnung, wodurch das Wasser strömend eindrang. Die Passagiere wurden von einem panischen Schrecken ergreift und ein Theil derselben sprang in die Rettungsboote, welche im Augenblick überfüllt untergingen. Etwa 50 Personen ertranken. Mittlerweile wurde dem zwischen Dublin und Liverpool kursirenden Dampfer "Lorch" die Gefahr signalisiert, welcher noch zeitig beilegen konnte, um die anderen Passagiere, welche sich nicht vom Segel herabsetzen konnten, zu retten.

"In London ist ein ganzes Bureau des Kriegsministeriums aufgelöst durch Gasirung sämtlicher darin beschäftigter Beamten — wegen Spiels. Es kam dem Minister Carl de Grey und Nixon zu Ohren, daß gewisse Arten des Würfelspiels während der Arbeitsstunden von den Beamten betrieben würden. Unter Vorstufe von Sir Edward Egard wurde eine Untersuchungskommission ernannt, was zur Entdeckung führte, daß vom "Gesheimrat" (venia sit verbo) bis zu den Clerks niederkriegerischen Handwerkern in so "verdienstlicher" Weise die Langeweile vertrieben. Summarische Entlassung und Verlust jedes Postens war die Folge, und sie trifft sogar Beamte, welche bei 25 bis 30 Jahren lang im Dienst gewesen. Die übrigen Beamten hatten "zum Appell" zusammenzutreten, um eine energische Warnung zu hören. Wie der "Daily Telegraph" meldet, standen bei jedem Spiel oft bedeutende Summen im Einsatz, und falsche Würfel sogar sollen sich unter den confiszierten Handwerkszeugen befinden.

(89) Wiener Pf. preuß. Thaler zu 1 fl. 57½ kr. österreichischer Pf. außer Ario von 9—13 Thlr. Weißer von 8—17 Thlr. Pariser, 20. Mai. Die Bank von Frankreich hat den Discont auf 7 pf. herabgesetzt.

Berlin, 21. Mai. Freiw. Auleh. 100.—5½ Met. 63½.—Wien 86½.—1860er Lose 83½.—Nat. Anl. 107½.—Credit-Acien 84.—Credit-Lose 100.—Böh. Weinbahn 68½.—1864er Silber-Anl. 76½.

Frankfurt, 21. Mai. 5per. Met. 60½.—Ant. vom 2. 1859 78½.—Wien 102.—Banknoten 79½.—1854er Lose 78½.—Nat. Anl. 67½.—Staatb. 189.—Credit-Acien 198½.—1860er Lose 83½.—1864er Lose 98½.

Hamburg, 21. Mai. Credit-Acien 82½.—Nat. Anl. 68½.—1860er Lose 82½.—Wien fehlt.

Paris, 21. Mai. Schlussurk. 3 per cent. Rente 66.65.—4½ per cent. 93.25.—Staatsbahn 405.—Credit-Mobilier 1151.—Lomb. 532.—Osterr. 1860er

Amtsblatt.

Kundmachung.

(521. 2-3)

Nr. 340 R. G. III.
Bom f. f. Kriegsgerichte wird hiermit zur allgemeinen Kenntniß gebracht, es sei in dem von D. T. Piątkowski gezeichneten, in der Lithographie des "Gaz" in Krakau gedruckten Bilde, die Stadt Niechow nach dem Brände im Jahre 1863 darstellend, der Thatbestand des Vergehens gegen die öffentliche Ruhe und Ordnung durch Aufreizung zu Feindesfeigkeiten gegen Nationalitäten nach dem §. 559 des Milit. oder §. 302 des Civ. St. G. B. vorhanden, weshalb die weitere Verbreitung dieses Druckwerkes mit dem von dem östlichen f. f. Truppenkommando für Westgalizien bestätigten rechtlichen Erkenntniß vom heutigen Tage in Gemäßheit des §. 36 des Pregegesetzes vom 17. Dezember 1862 verboten wurde.

Krakau, am 30. April 1864.

Kundmachung.

(526. 1)

Druckschriften-Verbot.

Das f. f. Landes- als Strafgericht in Prag hat mit dem Erkenntniß vom 13. Mai 1863, Z. 2111, das Verbot der weiteren Verbreitung der Druckschrift "Polska v světě slovenském Podává Przechowsky V Praze nakladem spisovateľovom, tiskem Rohlicka a Sioverse 1864" wegen des dorthin enthaltenen Verbrechens des Hochverrathe §. 58 ad e St. G. nach §. 36 des Pregegesetzes vom 18. December 1862 N. 6 R. G. aufgesprochen.

Nr. 12874. Kundmachung. (518. 2-3)

Zur Besetzung der an der Tarnower Unterrealschule erledigten Stelle des ersten technischen Lehrers mit dem Gehalte jährlicher 525 fl. öst. W. wird der Concurs bis Ende Juni l. J. ausgeschrieben.

Bewerber um diesen Posten haben ihre gehörig belegten Gefüche im Wege des vorgezogenen Amtes beim Tarnower bischöfsl. Consistorium binnen des ankeramten Termimes zu überreichen.

Von der f. f. Statthalterei-Commission.

Krakau, am 14. Mai 1864.

Nr. 12352. Kundmachung. (519. 2-3)

Das hohe f. f. Kriegsministerium hat laut Referat vom 27. April 1864 A. 2. Nr. 2790 die Landes-General-Commanden ermächtigt, Gefüche um die Militär-Entlassung gegen Erlag der Befreiungstage jenen Soldaten, welche bis zum Schluß der Hauptstellung im Jahre 1863 ausgestellt wurden, im Einvernehmen mit den politischen Länderstellen jetzt schon in dem Falle zu bewilligen, wenn rücksichtswürdige Gründe für die Bewilligung sprechen.

Was im Grunde h. Staatsministerial-Erlasse v. 3. d. Mts. Z. 8503 mit dem Beifatte zur allgemeinen Kenntniß gebracht wird, daß diese allgemeine Abkürzung der im §. 9 der Stellv.-Vorschrift bestimmten Frist, welche nach dem nunmehr 8jährigen Bestand dieser Vorschrift genügend bekannt geworden sein muß, heuer zum letzten Male stattfinde.

Von der f. f. Statthalterei-Commission.

Krakau, am 13. Mai 1864.

Nr. 79. Concurs. (495. 3)

Beim Magistrat der königlichen Hauptstadt Krakau, ist der provisorische Dienstposten eines Rechnungs-Revidenten mit jährlichem Gehalte 840 fl. ö. W. in Erledigung bekommen, zu dessen Besetzung der Concurs bis zum 10. Juni 1864 eröffnet wird.

Die Bewerber um diesen Dienstposten haben ihre ordnungsmäßig instruierten Gefüche mit der Nachweisung: a) über das Lebensalter und Religionsbekennniß; b) über die zurückgelegten Studien; c) über die mit gutem Erfolge abgelegten Prüfungen aus der Staatsrechnungswissenschaft; d) über die genar. Kenntniß der polnischen und deutschen Sprache, sowohl in Wort als Schrift, — endlich e) ob und in welchem Grade sie mit einem Beamten des Magistrats verwandt oder verschwägert sind — beim Präsidium des Stadt-Magistrates Krakau während der Concurs-Frist und zwar, die im Staatsdienst stehenden Bewerber im Wege ihrer vorgezogenen Behörde zu überreichen.

Von Präsidium des Stadt-Magistrates.

Krakau, 4. Mai 1864.

Nr. 2691. Edykt. (500. 3)

C. kr. Sąd krajowy w Krakowie wiadomo czyni, iż dozwolona w sprawie p. Walentego Sieczkowskiego i Wiktorii Sieczkowskiej przeciw Wacławowi Czerwinkowi i masie leżącej Franciszki Czerwinkowi o zapłaceniu sumy 410 zł. z. p. n. egzekucyjna sprzedział zabudowań realności pod l. 166 Gm. VIII. d. 144 dz. V. n. w Krakowie na Kleparzu położonej z wyłączeniem placu pod temi zabudowaniami w trzecim terminie na dniu 16tym Czerwca 1864 o godzinie 10 zrana w tutejszym c. k. Sądzie krajowym odbyć się mająca pod warunkami edyktu z dnia 17go Listopada 1863 l. 16357 w gazecie Krakowskiej do l. 280, 281 i 282 z roku 1863 ogłoszonym ustanowionemu z tą jedynie zmianą, co do warunku pierwszego, iż zabudowania wspomnione i niżej ceny szacunkowej 400 zł. 24 kr. wal. a. sprzedane będą — rozpisuje się.

Chęć kupienia mający bliższe warunki, akt oszacowania i wyciąg hypoteczny w registraturze sądowej przejrzec lub odpisać mogą.

Kraków, 25 Kwietnia 1864.

mehrere mit dem Adjutum jährlicher 315 fl. öst. W. do- mirece gruntowe, które z tabuli galicyjskiej, miano- wiec z rubryki własności dóbr Krynicy przyległośce.

Diesigen, welche eine derselben zu erlangen wünschen, pañstwa fundusowego Muszyńskiego stanowiących werden aufgefordert, ihre gehörig belegten Gefüche, und stösownie do istniejących przepisów wyłączone zo- zwar wenn sie bereits in einer dienstlichen Verwendung stały wpisywane być mogą.

Bom f. f. Oberlandesgerichts-Präsidium.
Krakau, am 14. Mai 1864.

Nr. 1539. Concurs-Ausschreibung. (528. 1-3)

Zur Besetzung der in Bochnia erledigten provisorischen Stadtcaffiers-Stelle mit dem Gehalte jährlicher 525 fl. ö. W. und der Verpflichtung zur Cautionssleistung in gleichem Betrage, wird der Concurs in der Dauer von vier Wochen, vom Tage der dritten Einziehung dieser Kundmachung in der Krakauer Zeitung an gerechnet, hiermit erneut ausgeschrieben.

Bewerber um diese Stelle haben ihre diesfälligen Ge- füche, wenn sie in einer Staats- oder anderen öffentlichen Bedienstung stehen, mittelst ihrer vorgezogenen Behörde mit der Qualificationstabelle versehen, beim Magistrat in Bochnia in der obigen Frist einzubringen, und darin nebst den persönlichen Verhältnissen, die zurückgelegten Studien und die vollkommene Kenntniß der deutschen und polnischen Sprache in Wort und Schrift nachzuweisen.

Von der f. f. Kreisbehörde.

Krakau, am 16. Mai 1864.

Nr. 3490. Kundmachung. (488. 3)

Von Seite der Wadowicer f. f. Kreisbehörde wird hiermit zur allgemeinen Kenntniß gebracht, daß zur Verpachtung der städt. Propriationsgemarkung in dem Marktorte Willamowice für die Dauer vom 1. November 1864 bis Ende Dezember 1867 am 8. Juni 1864 in der Amtsangelei der Marktfämmerei zu Willamowice eine öffentliche Licitationsverhandlung stattfinden wird.

Der Fiscalpreis beträgt jährlich 2760 fl. 99 kr. öst. Währ. wovon 10% als Badum zu erlegen sind.

Pachtlustige werden demnach zu dieser Licitationsver- handlung mit dem Beifügen eingeladen, daß die Licitations- und Pachtbedingnisse bei der Licitationsverhandlung werden bekannt gegeben werden.

Von der f. f. Kreisbehörde.

Wadowice, den 4. Mai 1864.

Nr. 5613. Kundmachung. (529. 1-3)

Das hohe f. f. Justiz-Ministerium hat nach gesetz- nem Einvernehmen mit dem hohen f. f. Staats- und Finanz-Ministerium mit Erlaß vom 24. April d. Z. 3357 ausnahmsweise für den Wadeort Krynica, Sandecker Kreises zu gestatten: daß die aus der galizischen Landtafel, und zwar aus dem Besitztande der Religionsfonds-Herrschaft Muszyna und rücksichtlich aus der Altinenz Kry- nica ordnungsmäßig ausgeschiedenen Grundparcellen in ein nach Art der galizischen Stadtgrundbücher anzulegendes Hauptbuch eingetragen, und dieses Hauptbuch jammt dazu gehörigen Urkundenbüche nach den bestehenden Grundbuchs- vorschriften geführt werde.

Die hohe f. f. Justiz-Ministerium hat nach gesetz- nem Einvernehmen mit dem hohen f. f. Staats- und Finanz-Ministerium mit Erlaß vom 24. April d. Z. 3357 ausnahmsweise für den Wadeort Krynica, Sandecker Kreises zu gestatten: daß die aus der galizischen Landtafel, und zwar aus dem Besitztande der Religionsfonds-Herrschaft Muszyna und rücksichtlich aus der Altinenz Kry- nica ordnungsmäßig ausgeschiedenen Grundparcellen in ein nach Art der galizischen Stadtgrundbücher anzulegendes Hauptbuch eingetragen, und dieses Hauptbuch jammt dazu gehörigen Urkundenbüche nach den bestehenden Grundbuchs- vorschriften geführt werde.

Die hohe f. f. Justiz-Ministerium hat nach gesetz- nem Einvernehmen mit dem hohen f. f. Staats- und Finanz-Ministerium mit Erlaß vom 24. April d. Z. 3357 ausnahmsweise für den Wadeort Krynica, Sandecker Kreises zu gestatten: daß die aus der galizischen Landtafel, und zwar aus dem Besitztande der Religionsfonds-Herrschaft Muszyna und rücksichtlich aus der Altinenz Kry- nica ordnungsmäßig ausgeschiedenen Grundparcellen in ein nach Art der galizischen Stadtgrundbücher anzulegendes Hauptbuch eingetragen, und dieses Hauptbuch jammt dazu gehörigen Urkundenbüche nach den bestehenden Grundbuchs- vorschriften geführt werde.

Die hohe f. f. Justiz-Ministerium hat nach gesetz- nem Einvernehmen mit dem hohen f. f. Staats- und Finanz-Ministerium mit Erlaß vom 24. April d. Z. 3357 ausnahmsweise für den Wadeort Krynica, Sandecker Kreises zu gestatten: daß die aus der galizischen Landtafel, und zwar aus dem Besitztande der Religionsfonds-Herrschaft Muszyna und rücksichtlich aus der Altinenz Kry- nica ordnungsmäßig ausgeschiedenen Grundparcellen in ein nach Art der galizischen Stadtgrundbücher anzulegendes Hauptbuch eingetragen, und dieses Hauptbuch jammt dazu gehörigen Urkundenbüche nach den bestehenden Grundbuchs- vorschriften geführt werde.

Die hohe f. f. Justiz-Ministerium hat nach gesetz- nem Einvernehmen mit dem hohen f. f. Staats- und Finanz-Ministerium mit Erlaß vom 24. April d. Z. 3357 ausnahmsweise für den Wadeort Krynica, Sandecker Kreises zu gestatten: daß die aus der galizischen Landtafel, und zwar aus dem Besitztande der Religionsfonds-Herrschaft Muszyna und rücksichtlich aus der Altinenz Kry- nica ordnungsmäßig ausgeschiedenen Grundparcellen in ein nach Art der galizischen Stadtgrundbücher anzulegendes Hauptbuch eingetragen, und dieses Hauptbuch jammt dazu gehörigen Urkundenbüche nach den bestehenden Grundbuchs- vorschriften geführt werde.

Die hohe f. f. Justiz-Ministerium hat nach gesetz- nem Einvernehmen mit dem hohen f. f. Staats- und Finanz-Ministerium mit Erlaß vom 24. April d. Z. 3357 ausnahmsweise für den Wadeort Krynica, Sandecker Kreises zu gestatten: daß die aus der galizischen Landtafel, und zwar aus dem Besitztande der Religionsfonds-Herrschaft Muszyna und rücksichtlich aus der Altinenz Kry- nica ordnungsmäßig ausgeschiedenen Grundparcellen in ein nach Art der galizischen Stadtgrundbücher anzulegendes Hauptbuch eingetragen, und dieses Hauptbuch jammt dazu gehörigen Urkundenbüche nach den bestehenden Grundbuchs- vorschriften geführt werde.

Die hohe f. f. Justiz-Ministerium hat nach gesetz- nem Einvernehmen mit dem hohen f. f. Staats- und Finanz-Ministerium mit Erlaß vom 24. April d. Z. 3357 ausnahmsweise für den Wadeort Krynica, Sandecker Kreises zu gestatten: daß die aus der galizischen Landtafel, und zwar aus dem Besitztande der Religionsfonds-Herrschaft Muszyna und rücksichtlich aus der Altinenz Kry- nica ordnungsmäßig ausgeschiedenen Grundparcellen in ein nach Art der galizischen Stadtgrundbücher anzulegendes Hauptbuch eingetragen, und dieses Hauptbuch jammt dazu gehörigen Urkundenbüche nach den bestehenden Grundbuchs- vorschriften geführt werde.

Die hohe f. f. Justiz-Ministerium hat nach gesetz- nem Einvernehmen mit dem hohen f. f. Staats- und Finanz-Ministerium mit Erlaß vom 24. April d. Z. 3357 ausnahmsweise für den Wadeort Krynica, Sandecker Kreises zu gestatten: daß die aus der galizischen Landtafel, und zwar aus dem Besitztande der Religionsfonds-Herrschaft Muszyna und rücksichtlich aus der Altinenz Kry- nica ordnungsmäßig ausgeschiedenen Grundparcellen in ein nach Art der galizischen Stadtgrundbücher anzulegendes Hauptbuch eingetragen, und dieses Hauptbuch jammt dazu gehörigen Urkundenbüche nach den bestehenden Grundbuchs- vorschriften geführt werde.

Die hohe f. f. Justiz-Ministerium hat nach gesetz- nem Einvernehmen mit dem hohen f. f. Staats- und Finanz-Ministerium mit Erlaß vom 24. April d. Z. 3357 ausnahmsweise für den Wadeort Krynica, Sandecker Kreises zu gestatten: daß die aus der galizischen Landtafel, und zwar aus dem Besitztande der Religionsfonds-Herrschaft Muszyna und rücksichtlich aus der Altinenz Kry- nica ordnungsmäßig ausgeschiedenen Grundparcellen in ein nach Art der galizischen Stadtgrundbücher anzulegendes Hauptbuch eingetragen, und dieses Hauptbuch jammt dazu gehörigen Urkundenbüche nach den bestehenden Grundbuchs- vorschriften geführt werde.

Die hohe f. f. Justiz-Ministerium hat nach gesetz- nem Einvernehmen mit dem hohen f. f. Staats- und Finanz-Ministerium mit Erlaß vom 24. April d. Z. 3357 ausnahmsweise für den Wadeort Krynica, Sandecker Kreises zu gestatten: daß die aus der galizischen Landtafel, und zwar aus dem Besitztande der Religionsfonds-Herrschaft Muszyna und rücksichtlich aus der Altinenz Kry- nica ordnungsmäßig ausgeschiedenen Grundparcellen in ein nach Art der galizischen Stadtgrundbücher anzulegendes Hauptbuch eingetragen, und dieses Hauptbuch jammt dazu gehörigen Urkundenbüche nach den bestehenden Grundbuchs- vorschriften geführt werde.

Die hohe f. f. Justiz-Ministerium hat nach gesetz- nem Einvernehmen mit dem hohen f. f. Staats- und Finanz-Ministerium mit Erlaß vom 24. April d. Z. 3357 ausnahmsweise für den Wadeort Krynica, Sandecker Kreises zu gestatten: daß die aus der galizischen Landtafel, und zwar aus dem Besitztande der Religionsfonds-Herrschaft Muszyna und rücksichtlich aus der Altinenz Kry- nica ordnungsmäßig ausgeschiedenen Grundparcellen in ein nach Art der galizischen Stadtgrundbücher anzulegendes Hauptbuch eingetragen, und dieses Hauptbuch jammt dazu gehörigen Urkundenbüche nach den bestehenden Grundbuchs- vorschriften geführt werde.

Die hohe f. f. Justiz-Ministerium hat nach gesetz- nem Einvernehmen mit dem hohen f. f. Staats- und Finanz-Ministerium mit Erlaß vom 24. April d. Z. 3357 ausnahmsweise für den Wadeort Krynica, Sandecker Kreises zu gestatten: daß die aus der galizischen Landtafel, und zwar aus dem Besitztande der Religionsfonds-Herrschaft Muszyna und rücksichtlich aus der Altinenz Kry- nica ordnungsmäßig ausgeschiedenen Grundparcellen in ein nach Art der galizischen Stadtgrundbücher anzulegendes Hauptbuch eingetragen, und dieses Hauptbuch jammt dazu gehörigen Urkundenbüche nach den bestehenden Grundbuchs- vorschriften geführt werde.

Die hohe f. f. Justiz-Ministerium hat nach gesetz- nem Einvernehmen mit dem hohen f. f. Staats- und Finanz-Ministerium mit Erlaß vom 24. April d. Z. 3357 ausnahmsweise für den Wadeort Krynica, Sandecker Kreises zu gestatten: daß die aus der galizischen Landtafel, und zwar aus dem Besitztande der Religionsfonds-Herrschaft Muszyna und rücksichtlich aus der Altinenz Kry- nica ordnungsmäßig ausgeschiedenen Grundparcellen in ein nach Art der galizischen Stadtgrundbücher anzulegendes Hauptbuch eingetragen, und dieses Hauptbuch jammt dazu gehörigen Urkundenbüche nach den bestehenden Grundbuchs- vorschriften geführt werde.

Die hohe f. f. Justiz-Ministerium hat nach gesetz- nem Einvernehmen mit dem hohen f. f. Staats- und Finanz-Ministerium mit Erlaß vom 24. April d. Z. 3357 ausnahmsweise für den Wadeort Krynica, Sandecker Kreises zu gestatten: daß die aus der galizischen Landtafel, und zwar aus dem Besitztande der Religionsfonds-Herrschaft Muszyna und rücksichtlich aus der Altinenz Kry- nica ordnungsmäßig ausgeschiedenen Grundparcellen in ein nach Art der galizischen Stadtgrundbücher anzulegendes Hauptbuch eingetragen, und dieses Hauptbuch jammt dazu gehörigen Urkundenbüche nach den bestehenden Grundbuchs- vorschriften geführt werde.

Die hohe f. f. Justiz-Ministerium hat nach gesetz- nem Einvernehmen mit dem hohen f. f. Staats- und Finanz-Ministerium mit Erlaß vom 24. April d. Z. 3357 ausnahmsweise für den Wadeort Krynica, Sandecker Kreises zu gestatten: daß die aus der galizischen Landtafel, und zwar aus dem Besitztande der Religionsfonds-Herrschaft Muszyna und rücksichtlich aus der Altinenz Kry- nica ordnungsmäßig ausgeschiedenen Grundparcellen in ein nach Art der galizischen Stadtgrundbücher anzulegendes Hauptbuch eingetragen, und dieses Hauptbuch jammt dazu gehörigen Urkundenbüche nach den bestehenden Grundbuchs- vorschriften geführt werde.

Die hohe f. f. Justiz-Ministerium hat nach gesetz- nem Einvernehmen mit dem hohen f. f. Staats- und Finanz-Ministerium mit Erlaß vom 24. April d. Z. 3357 ausnahmsweise für den Wadeort Krynica, Sandecker Kreises zu gestatten: daß die aus der galizischen Landtafel, und zwar aus dem Besitztande der Religionsfonds-Herrschaft Muszyna und rücksichtlich aus der Altinenz Kry- nica ordnungsmäßig ausgeschiedenen Grundparcellen in ein nach Art der galizischen Stadtgrundbücher anzulegendes Hauptbuch eingetragen, und dieses Hauptbuch jammt dazu gehörigen Urkundenbüche nach den bestehenden Grundbuchs- vorschriften geführt werde.

Die hohe f. f. Justiz-Ministerium hat nach gesetz- nem Einvernehmen mit dem hohen f. f. Staats- und Finanz-Ministerium mit Erlaß vom 24. April d. Z. 3357 ausnahmsweise für den Wadeort Krynica, Sandecker Kreises zu gestatten: daß die aus der galizischen Landtafel, und zwar aus dem Besitztande der Religionsfonds-Herrschaft Muszyna und rücksichtlich aus der Altinenz Kry- nica ordnungsmäßig ausgeschiedenen Grundparcellen in ein nach Art der galizischen Stadtgrundbücher anzulegendes Hauptbuch eingetragen, und dieses Hauptbuch jammt dazu gehörigen Urkundenbüche nach den bestehenden Grundbuchs- vorschriften geführt werde.

Die hohe f. f. Justiz-Ministerium hat nach gesetz- nem